



II - 1829 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR FAMILIE, JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Z. 70 0502/26-Pr.2/84

822 IAB

1984 07 24

1984 -08- 13

zu 810 J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
W i e n

1017

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Hieden und Genossen vom
14. Juni 1984, Nr. 810/J, betreffend Familienplanung, beehre ich mich
mitzuteilen:

Zu 1):

Derzeit befindet sich - bis auf 5 Ausnahmen - in jeder Bezirkshaupt-
stadt Österreichs mindestens eine Familienberatungsstelle, in größeren
Orten auch mehrere. Seit Beginn der Bundesförderung im Jahre 1974 hat
sich die Anzahl mehr als verdreifacht. Derzeit werden 188 Familien-
beratungsstellen gefördert.

Zu 2):

Wie die Anzahl der Beratungen beweist (120.000 Einzelberatungen im Jahr
1983) wird die Beratung in den Familienberatungsstellen zweifellos in
Anspruch genommen.

Die Broschüren zur Empfängnisverhütung "Damit ein Kind kein Zufall ist"
(erhältlich bis 1980) und seither "Glückliche Paare - Wunschkinder"
wurden bisher mit einer Auflagenzahl von über einer Million Stück
verteilt. Allein seit Bestehen des Bundesministeriums für Familie,
Jugend und Konsumentenschutz (1.1.1984) wurden über Anforderung rund
40.000 Exemplare "Glückliche Paare - Wunschkinder" versendet. Sie wird
auch den jährlich einrückenden Präsenzdienern ausgehändigt.

Weiters stehen Informationsblätter zu einzelnen Empfängnisverhütungsmethoden den Ärzten in den Familienberatungsstellen als Beratungsunterlage zur Verfügung.

Zu 3):

Abgesehen von allen Leistungen, die auch verheiratete Mütter vor der Geburt eines Kindes bzw. für das Kind erhalten, wie Geburtenbeihilfe, Karenzurlaubsgeld, Familienbeihilfe, Betriebshilfe (Wochengeld), erhalten alleinstehende Frauen ein erhöhtes Karenzurlaubsgeld von derzeit monatlich rund S 5.784,-; Sondernotstandshilfe bis zum 3. Lebensjahr des Kindes, wenn sie nach dem Karenzurlaub ihre Berufstätigkeit nicht wieder aufnehmen können, weil ihr Kind nachweislich nirgends untergebracht werden kann; Alleinerhalterabsetzbetrag im Falle der Erwerbstätigkeit, wenn keine Unterhaltsleistungen oder solche von nicht mehr als S 10.000 jährlich erhalten werden; Unterhaltsvorschuß für das Kind, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind; es besteht Anspruch auf Erhalt einer Startwohnung bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres, wenn mindestens ein Kind vorhanden ist.

Zu 4):

Ich beabsichtige, eine empirische Untersuchung der Motive zum Schwangerschaftsabbruch betreffend jene Frauen, die zumindest einmal geboren haben, beim Ludwig Boltzmann Institut für Geburtenregelung und Schwangerschaftsbetreuung in Auftrag zu geben. Diesbezügliche Vorgespräche mit Dozent Dr. Rockenschaub und seinen Mitarbeitern dazu haben bereits stattgefunden.

Zu 5):

Über meine Initiative wurde eine Arbeitsgemeinschaft für Familienplanung, Sexualerziehung und Schwangerenbetreuung in meinem Ressort gegründet. Ihr gehören Vertreter der Bundesministerien für Unterricht und Kunst, Gesundheit und Umweltschutz, Wissenschaft und Forschung, Familie, Jugend und Konsumentenschutz, BKA-Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen sowie einzelne Experten an. Von ihr sollen neue Impulse für die Sexualerziehung in den Schulen, für die Aus- und Fortbildung der Lehrer und die Information von Jugendlichen und Eltern als Beitrag zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften ausgehen.

Alfred Rind